



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/03087**
Datum: 09.09.2026
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Wels, Andreas
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.09.2026	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FDP zur wirtschaftlichen und flexiblen Gestaltung des Stellenplans

Die Stadt Halle (Saale) steht angesichts der angespannten Haushaltslage vor der Notwendigkeit, ihre personellen und finanziellen Ressourcen möglichst effizient einzusetzen. Gleichzeitig besteht ein Einstellungsstopp, der die Nachbesetzung freier Stellen und damit auch die personelle Handlungsfähigkeit der Verwaltung beeinflusst. Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu klären, welche Möglichkeiten innerhalb des geltenden Haushalts- und Dienstrechts bestehen, den Stellenplan bedarfsgerecht, wirtschaftlich und zugleich flexibel zu gestalten. Dabei geht es insbesondere darum, vorhandene Stellen entsprechend dem tatsächlichen Personalbedarf und den sich verändernden Aufgaben der Verwaltung einsetzen zu können, ohne unnötige organisatorische oder haushaltsrechtliche Verfahren auszulösen.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

1. Auf welche haushalts-, beamten- und tarifrechtlichen Vorgaben basiert derzeit die Gestaltung des Stellenplans und welche Handlungsspielräume bestehen innerhalb dieses Rahmens?
2. In welchem Umfang können im geltenden Stellenplan ausgewiesene Stellen flexibel besetzt, organisatorisch verlagert oder anderen Aufgabenbereichen zugeordnet werden, ohne dass eine Änderung des Stellenplans erforderlich ist?
3. Unter welchen Voraussetzungen können Stellen abweichend von der im Stellenplan vorgesehenen Beschäftigtengruppe besetzt werden, beispielsweise mit tariflich Beschäftigten anstelle von Beamten oder umgekehrt?
4. Nach welchen Kriterien und in welchen Abständen überprüft die Verwaltung, ob Anzahl, Art, Wertigkeit und organisatorische Zuordnung der ausgewiesenen Stellen noch dem tatsächlichen Aufgaben- und Personalbedarf entsprechen?

5. Inwieweit hat die Verwaltung seit Einführung des Einstellungsstopps konkrete Maßnahmen ergriffen oder geprüft, um den bestehenden Stellenplan wirtschaftlicher und flexibler zu gestalten?
6. Inwiefern wären aus Sicht der Verwaltung rechtliche, organisatorische oder haushaltsrechtliche Änderungen erforderlich oder sinnvoll, um die Flexibilität bei der Stellenplanung künftig zu erhöhen?
7. Welche Auswirkungen wären von solchen Änderungen insbesondere auf Personalgewinnung und -bindung, Dauer der Stellenbesetzungsverfahren, Personalkosten sowie die Leistungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung zu erwarten?

gez. Andreas Wels
Vorsitzender
Fraktion Hauptsache Halle & FDP